

Die Marburger SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Stadtverband Marburg

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

27.07.2009

Medien-Information

Kinder brauchen bestmögliche Betreuung Marburger SPD begrüßt Einigung im Kita-Tarifstreit – Verweis auf überdurchschnittliche Standards in der Universitätsstadt

Nach wochenlangem Tauziehen ist heute endlich der Tarifstreit für ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen beigelegt worden. Hierzu sagt der Vorsitzende der Marburger SPD, Steffen Rink:

"Wir Sozialdemokraten begrüßen ausdrücklich die Tarifeinigung im Kita-Bereich - auch wenn dadurch Mehrbelastungen auf den städtischen Haushalt zukommen werden. Die SPD will gute Bedingungen für die Kinder in den Betreuungseinrichtungen. Das bedingt eine angemessene Vergütung der Beschäftigten und die Fürsorge für die Belastungen, die die Berufe im Erziehungsbereich mit sich bringen. Die SPD ist gewillt und bereit, die notwendigen Kosten aufzubringen.

Die Marburger SPD hatte bereits eine Solidaritätsaktion vorbereitet, die in der geplanten Landesaktionswoche Bildungsgerechtigkeit der hessischen SPD vom 24. bis 28. August stattfinden sollte. Wir sind froh, dass es schon vorher zu der Einigung zwischen den kommunalen Arbeitgebern und der Gewerkschaft ver.di bekommen ist.

Die Marburger SPD unterstützt auch die von Bürgermeister Franz Kahle angekündigten Entlastungen für die vom Streik betroffenen Eltern. Das ist ein Gebot der Fairness und mindestens ein symbolischer Ausgleich für die Belastungen, die Eltern und Kinder während des Streiks hinzunehmen hatten.

Für die SPD in Marburg ist es aber auch wichtig festzuhalten, dass die rot-grüne Koalition im Bereich der Kitas und Kindergärten ohne Verpflichtung durch Gesetz oder Tarifvertrag Bedingungen für die Beschäftigten umgesetzt hat, die über den geforderten Standards liegen. Das betrifft beispielsweise Vorbereitungszeiten. Die Marburger SPD hofft, dass die zwischen der Gewerkschaft und den kommunalen Arbeitgebern ausgehandelten Bedingungen und die in Marburg durch die rot-grüne Koalition gesetzten Standards auch bei kirchlichen und freien Trägern umgesetzt werden.

Trotz Anstrengungen der Stadt Marburg bleiben der Bund und das Land Hessen aufgefordert, die Kommunen bei der Umsetzung des Tarifvertrags zu unterstützen. Die Städte und Gemeinden dürfen nicht alleine gelassen werden. Darüber hinaus wäre es ungerecht, wenn es für Marburg keinen Ausgleich gibt, wenn nunmehr auf Grund gesetzlicher Vorgaben die Vorgaben etwa in Hinsicht auf die Personalausstattung umgesetzt werden müssen, die in Marburg schon lange gelten. Als ersten Schritt muss die CDU-FDP-Landesregierung auf das geplante 600-Mio-Sonderopfer der Kommunen verzichten.

Doch an erster Stelle steht am heutigen Tag: Nach den Ferien gibt es für Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und vor allem für die Kinder wieder geordnete, verbesserte Verhältnisse."

Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – mail@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

